

SATZUNG

über die Festlegung von Beitragssätzen für das Jahr 2010 zur Erhebung wiederkehrender Beiträge für das Vorhalten öffentlicher Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz

vom 28.12.2011

Der Stadtrat hat am 14.12.2011 auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBL. S. 153), zuletzt geändert durch Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik (KomDoppikLG) vom 02. März 2006 (GVBL. S. 57) sowie des Kommunalabgabengesetzes für Rheinland-Pfalz (KAG) vom 20. Juni 1995 (GVBL. S. 175), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 12. Dezember 2006 (GVBL. S. 401) und des § 4 der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz vom 6. Dezember 2007, folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1 Abrechnungseinheiten, Beitragssätze, Gültigkeitsdauer

Die Beitragssätze je Quadratmeter gewichtete Grundstücksfläche betragen im Jahr 2010

<i>für die Abrechnungseinheiten</i>	€
01.01 - City/Neustadt	0,0538
01.02 - Hartenberg/Münchfeld	0,0048
01.04 - Oberstadt	0,0114
02.00 - Industriegebiet	0,0135
03.00 - Mombach	0,0044
04.00 - Gonsenheim	0,0330
05.00 - Finthen	0,0270
07.00 - Lerchenberg	0,0066
08.00 - Marienborn	0,0047
09.00 - Bretzenheim	0,0053
10.00 - Hechtsheim	0,0089
12.00 - Weisenau	0,0136
14.00 - Ebersheim	0,0126

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Mainz, 28. Dezember 2011
Stadtverwaltung

Jens Beutel
Oberbürgermeister

HINWEIS:

Gemäß § 24 Abs.6 Gemeindeordnung (GemO) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.